



HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, dem 16.03.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Peter Holtmann
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Reinhard Hasler
Frau Susanne Middendorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen

Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Renate Jung
Herr Heinrich Kissing

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Die Tagesordnungspunkte 3 - 5 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums	004/2011
2	Finanzbericht - Sachstandsbericht zum Jahresabschluss 2010 - Bericht zur aktuellen Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2011 - Antrag der CDU-Fraktion	
3	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen	132/2010
4	Straßenreinigung und Winterdienst, Beschaffung von Streusalz, Erhöhung des Reparaturbedarfs der Winterdienstgeräte und Straßenreinigung hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	131/2010
5	Veräußerung des Geschäftsanteils der GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	012/2011
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
004/2011

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Frau **Dyduch** benannte für die SPD-Fraktion Herrn Wältermann zum Vertreter des Schulträgers für die Gesamtschule. Herr **Hasler** schlug Frau Gerdes für das Gymnasium vor.

Beschluss:

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2011 werden folgende VertreterInnen benannt:

Gesamtschule Herr Theodor Wältermann

Städt. Gymnasium Frau Rosemarie Gerdes

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Finanzbericht

- Sachstandsbericht zum Jahresabschluss 2010
- Bericht zur aktuellen Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2011
- Antrag der CDU-Fraktion

Der Kämmerer, Herr **Mös gen**, referierte anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage) zum Tagesordnungspunkt. Zu Beginn ging er, mit der Zielsetzung die noch offenen Fragen zur Haushaltssituation zu klären, auf den Sachstand zum Jahresabschluss 2010 ein.

Es sei erfreulich, dass die Erträge der Gewerbesteuer höher als erwartet ausgefallen seien. Das sei aber nicht strukturell bedingt. Der Vergleich zu den Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2008 zeige deutliche Mindereinnahmen.

Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen sei auf Zuweisungen aus dem Soforthilfeprogramm des Landes zurückzuführen.

Das Verfassungsgerichtsurteil zur Entlastung der Kommunen beim Wohngeld sei ausschlaggebend für die Einsparungen bei der Kreisumlage.

Mit einer weiteren Folie stellte er die tatsächliche Verringerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Plan 2010 dar. Die Entwicklung führte er auf Einsparungen vornehmlich bei den Energiekosten und Zurückhaltung bei Aufwendungen im Bereich der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Grundstücke zurück.

Die im Vergleich zur Planung höher ausfallenden übrigen Transferaufwendungen, ohne Berücksichtigung der Kreisumlage, erklärte der Kämmerer mit gestiegenen Kosten im Bereich der Jugendhilfe. Lediglich bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sei ein geringerer Aufwand zu verzeichnen.

Anhand von zwei Übersichten stellte er die Zusammensetzung der ordentlichen Erträge sowie der ordentlichen Aufwendungen dar. Zum Stand der Kassenkredite hob Herr Mös gen hervor, dass dank der Haushaltsdisziplin

seit 5 Monaten keine neuen Kassenkredite hätten aufgenommen werden müssen. Er sei hoffnungsvoll, dass die prognostizierten Zahlen am Ende des Jahres unterschritten würden.

Zusammenfassend bleibe festzuhalten, dass das geplante Jahresergebnis von -23.452.936 Euro um 6.729.032,12 Euro unterschritten worden sei. Im Ergebnis verbleibe weiterhin ein nicht unerheblicher Fehlbetrag in Höhe von rund 16,724 Mio. Euro.

Es sei zu befürchten, dass sich diese bedingt „positive“ Entwicklung im Jahr 2011 nicht fortsetzen lasse.

Mit Blick auf den Jahresabschluss 2010 und die geleisteten Beiträge zur Haushaltskonsolidierung dankte er den Verwaltungsmitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Zum aktuellen Sachstand erläuterte Herr Mösgen, dass der Produktplan für 2011 bislang noch nicht durch den Kreis Unna genehmigt worden sei.

Die für 2011 geplante Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes werde sich bezogen auf den Soziallastenanteil positiv für Kamen auswirken.

Die Änderung der Steuermesszahl werde dagegen geringere Zuweisungen zur Folge haben. In der Summe sei daher ein Verlust in Höhe von ca. 1 Mio. Euro zu erwarten.

Die zur Zeit vorliegenden Zahlen zur Kreisumlage seien nicht aktuell und teilweise mit Blick auf den Anteil der Landschaftsverbandumlage noch spekulativ. Der endgültige Wert werde jedoch voraussichtlich den Prognosen entsprechen.

Bezogen auf die Gewerbesteuer sehe er den Haushaltsansatz aufgrund der bislang erzielten Einnahmen im Moment nicht gefährdet. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden.

Konkrete Aussagen zur Wirkung des Gutachtens zum kommunalen Haushaltsausgleich und Schuldenabbau von Prof. Junkernheinrich könnten zur Zeit noch nicht gemacht werden. Zunächst seien die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren abzuwarten. Das Gutachten ziele darauf ab, Möglichkeiten zu eröffnen, Schulden in einem überschaubaren, aber realistischen Zeitraum zu tilgen. Ein Beispiel dafür sei die Möglichkeit Liquiditätskredite innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren zu halbieren. Zudem werde die öffentliche Beteiligung sowie die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW vorgeschlagen.

Ein erster Schritt in Richtung kommunaler Haushaltsentlastung könne in dem Kompromiss bezüglich der Erhöhung des Bundesanteils an den Hartz IV - Unterkunftskosten gesehen werden. Die Auswirkungen dieses Kompromisses würden frühestens im Jahr 2014 für den kommunalen Haushalt spürbar sein.

Zu den sonstigen Unwägbarkeiten zählte er die Energiepreisentwicklung, die Zinsentwicklung, die Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes Münster zum Nachtragshaushalt 2010 in Nordrhein-Westfalen und mögliche Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst.

Grundsätzlich bewertete Frau **Dyduch** die mit dem Jahresabschluss 2010 vorgelegten Zahlen als positives Signal, ein Grund zur Euphorie bestehe dennoch nicht. Es zeige sich, dass die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Sparansätze greifen. Dies sei ein erster vorsichtiger Schritt auf dem Weg zum Haushaltsausgleich. Sie machte deutlich, dass es den Kommunen nicht möglich sei ohne Hilfe von Land und Bund das Ziel des Haushaltsausgleiches zu verwirklichen. Als Beispiel führte sie den nicht steuerbaren Einfluss globaler Geschehnisse sowie die Ungewissheit bei der Zinsentwicklung an.

Frau Dyduch hielt es für richtig, auf der Basis des Gutachtens von Prof. Junkernheinrich gemeinsam realistische Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen, dabei auch neue Richtungen einzuschlagen und bislang unbekannte Wege zu gehen. Mit Spannung blicke sie auf die Haushaltsentwicklung des Jahres 2011. Die Entwicklung der Ansätze des vorgelegten Haushaltssicherungskonzeptes werde weiterhin zu beobachten und situativ zu bewerten sein.

Herr **Hasler** dankte dem Kämmerer für die Darstellung der Zahlen zum Jahresabschluss 2010. Die Verringerung des ursprünglich erwarteten Defizits sei erfreulich. Mit Blick auf den Fehlbetrag des Jahresabschlusses in Höhe von 16,7 Mio. Euro müsse weiter an der Haushaltskonsolidierung gearbeitet werden. Den aufgezeigten Planungsschwierigkeiten und den Unabwägbarkeiten müsse mit weiteren Sparmaßnahmen entgegengesteuert werden.

Herr **Huße** erinnerte an seine Aussage aus dem Jahr 1995, dass die Kommunen einen Haushaltsausgleich nur mit Hilfe von Außen schaffen könnten. Diese Aussage sei bei der heutigen kommunalen Haushaltssituation umso zutreffender.

In dem Gutachten zum Haushaltsausgleich und Schuldenabbau sehe er eine Chance für die Kommunen, vorausgesetzt alle Beteiligten würden ihre entsprechenden Rollen wahrnehmen. Die kommunale Entlastung im Bereich der Hartz IV - Unterkunftskosten durch Bundesmittel bewerte der Bürgermeister als ersten Schritt in die richtige Richtung. Es bleibe zu beobachten, ob die Kreisumlage entsprechend den Einsparungen angepasst werde, so dass auch die kreisangehörigen Kommunen von der Umverteilung profitieren.

Eine erfolgreiche Entlastung und Sanierung der kommunalen Finanzen sei nur möglich, wenn sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene gespart werde.

In der Änderung des § 76 Gemeindeordnung NRW sehe er eine realistische Chance, sich dem Haushaltsausgleich zu nähern. Es ständen den Kommunen zwar keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung, durch eine Verlagerung könne jedoch eine bessere Handlungsfähigkeit hergestellt werden.

Trotz Halbierung des Defizits im Jahr 2010, bezogen auf die ursprüngliche Planung ohne Berücksichtigung des Haushaltssicherungskonzeptes, liege das Ergebnis noch bei rund -16 Mio. Euro.

Herr Huße stellte abschließend dar, dass es notwendig sei, neue Wege zu nutzen. Weitere Sparanstrengungen seien unumgänglich. Möglichkeiten müssten gefunden werden, die Kommunen so aufzustellen, dass keine neuen Kassenkredite nötig seien.

Er vertrat die Auffassung, dass trotz äußerst ernster Lage Perspektiven zu erkennen seien.

Zu TOP 3.
132/2010

Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
131/2010

Straßenreinigung und Winterdienst, Beschaffung von Streusalz, Erhöhung des Reparaturbedarfs der Winterdienstgeräte und Straßenreinigung hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
012/2011

Veräußerung des Geschäftsanteils der GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen

6.11 Reparaturen von Fahrbahnoberflächen im Stadtgebiet

Herr **Hu**pe informierte die Ausschussmitglieder, dass nach Aufnahme der vorhandenen Straßenschäden im nächsten Schritt die Bewertung der Schäden erfolge.

Anfangs würden die Straßen dem jeweiligen Baulastträger zugeordnet. Nach Unterscheidung der jeweiligen Verkehrsbelastung in Durchgangsverkehr und Wohnbereichsverkehr erfolge eine Zuordnung des Aufwandes und der geeigneten Reparaturverfahren. Folgende Maßnahmen ständen zur Verfügung: Dünnschichtkaltverfahren, Sanierung und Neuaufbau ggf. nach Kanalarbeiten. Anders stelle sich der Fall des Sesekedamms dar, dessen Frequentierung durch die Maßnahme des Lippeverbandes angestiegen sei. Hier sei vereinbart worden, dass der Lippeverband nach Beendigung der Maßnahme die Kosten für einen Vollausbau übernehme.

Da keine zusätzlichen Mittel für die Beseitigung der Straßenschäden zur Verfügung ständen, müsse versucht werden mit den vorhandenen Mitteln auszukommen. Dazu werde mit dem Dünnschichtkaltverfahren eine moderne und günstige Technik gewählt, die die Schäden nicht nur kurzfristig repariere. Zusätzlich werde das Gespräch mit der Aufsichtsbehörde gesucht, um möglicherweise weitere Mittel bereitstellen zu können. Letztlich könnte gegebenenfalls eine Priorisierung der Mittel im Bereich des Tiefbaus für die folgenden Haushaltsjahre erfolgen.

Der Bürgermeister führte aus, dass in diesem Zusammenhang für den Fachbereich Planung, Bauen und Umwelt sowie für den Fachbereich Servicebetriebe eine neue Software mit einem Listenverfahren und dem Ziel der systematischen Erfassung der Straßen im Stadtgebiet eingeführt werde. In der Vergangenheit sei bereits eine Bewertung der Straßen im Stadtgebiet erfolgt, ohne dass zugleich der Straßenzustand miterfasst worden sei. Mit dem neuen Verfahren erfolge eine neue Betrachtung der Straßen inklusive Erfassung des Straßenzustandes. Dazu finde ein Austausch mit der Stadt Hamm statt, die dieses Verfahren bereits praktiziere.

Er listete die mit dem neuen Verfahren erfassten Daten auf. Die Liste beinhaltet den Straßennamen, den Straßenzustand, wann das Dünnschichtkaltverfahren ausgeführt wurde bzw. für wann das Dünnschichtkaltverfahren geplant ist, die Fläche in qm und ggf. Bemerkungen.

Mit Mitteln aus 2010 finde das Dünnschichtkaltverfahren an folgenden Straßen Anwendung: Mechelnkamp, Weidegang, Zum Königsholz, Breiter Weg, Teilbereich der Pröbstingstraße, Max-Planck-Straße, Lämpelstraße, Fromme-Helene-Weg, Max- und Moriz-Weg, Huckebeinweg und Bolteweg. Damit werde eine Gesamtfläche von 14.000 qm abgedeckt. Die Gesamtauftragssumme betrage 138.750,55 Euro. Für das Jahr 2011 sei die Anwendung des Verfahrens in folgenden Straßen geplant: Teilbereich Otto-Hue-Straße, Herderstraße, Bleiche, Henri-David-Straße, Im Hagen, Lärchenweg, Kämerstraße / Stichstraße, Im Heck, Königstraße, Wacholderstraße, Binsenweg, Im Haferfeld, Märkische Straße. Damit werde eine Gesamtfläche von 20.800 qm erfasst. Unter Berücksichtigung des Mittelansatzes für das Jahr 2011 fehlten Mittel in Höhe von 70.000 Euro zur Umsetzung dieser Projekte. Bei Einbeziehung der voraussichtlichen Kosten für die Reparatur punktueller Straßenschäden würden über den Ansatz hinausgehende Mittel in Höhe von insgesamt 170.000 Euro benötigt. Insgesamt seien im Kamener Stadtgebiet auf 253.700 qm Straßenschäden zu verzeichnen, deren Reparatur im Dünnschichtkaltverfahren Kosten in Höhe von 2.550.000 Euro verursache. Die Erfassung der Daten mit der Software werde voraussichtlich in einem Jahr abgeschlossen sein, was nicht bedeute, dass in dem Zeitraum der Datenerfassung keine Reparaturen stattfänden.

Herr **Hasler** begrüßte die geplanten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit. Er merkte kritisch an, dass das Dünnschichtkaltverfahren keinen Sanierungsersatz darstelle, sondern lediglich einen kurzzeitigen Aufschub des Problems bewirke. Ihm stelle sich die Frage, ob strukturelle Sanierungen an manchen Stellen nicht besser geeignet seien. Bezogen auf die neue Software thematisierte er eine mögliche Problematik mit den Sonderabschreibungen.

Mit den von der Verwaltung geplanten Maßnahmen werde der Versuch unternommen das Beste aus der aktuellen Haushaltslage herauszuholen, stellte Frau **Dyduch** zusammenfassend fest. In diesem Zusammenhang fragte sie, bis wann mit näheren Informationen zum Fortgang des Verfahrens gerechnet werden könne.

Es müsse jedem bewusst sein, dass die Stadt zurzeit finanziell nicht in der Lage sei die Straßen kostenintensiv zu sanieren. Am Beispiel der Lüner Höhe zeige sich die Zufriedenheit der Anwohner mit dem dort praktizierten Dünnschichtkaltverfahren.

Abschließend erkundigte sie sich nach der Möglichkeit eine Übersicht über die Sanierungsabsichten anderer Baulastträger zu erhalten.

Die Verwaltung gehe davon aus, so Herr **Hupe**, dass die Datenerfassung innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein werde. Eine Sanierungsübersicht der übrigen Baulastträger liege der Verwaltung nicht vor. Er machte deutlich, dass dank moderner Technik und verbessertem Verfahren die Schäden mit dem Dünnschichtkaltverfahren nicht nur kurzfristig repariert werden könnten. Die Haltbarkeit liege mittlerweile bei bis zu 10 Jahren. Sollte bei einer Straße die Notwendigkeit bestehen, werde auch ein Vollausbau durchgeführt.

Besonders betroffene Straßen seien seit Jahren in die Planung mit einbezogen und würden auch weiterhin Berücksichtigung finden. Priorität habe die Erhaltung der Funktionalität der Straßen. Geplant seien die ersten Arbeiten mit dem Dünnschichtkaltverfahren, sobald das Wetter dies zulasse.

6.12 Verpflegungspauschale der freiwilligen Feuerwehr

Herr **Hu**pe berichtete, dass die Verpflegungspauschale für die freiwillige Feuerwehr zur Zeit auf 1,02 Euro festgelegt und seit 23 Jahren nicht angepasst worden sei. Aus diesem Grund sei ab 01.04.2011 eine Erhöhung der Pauschale auf 1,80 Euro geplant. Die Erhöhung sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung und werde dem Ausschuss hiermit zur Kenntnis gegeben.

Es ergaben sich im Ausschuss keine Bedenken gegen die Vorgehensweise der Verwaltung.

6.13 Dienstreisen 2011

Herr **Hu**pe informierte über die im Jahr 2011 geplanten Dienstreisen:

Stadtfest Sulecin	29.04. – 01.05.2011
Teilnehmer: Herr Hasler	

Bandirma / Bürgerreise Türkei	19.08. – 29.08.2011
Teilnehmer: Herren Hasler und Wiedemann	

Weinfest in Unkel	03.09.2011
Teilnehmer: Partnerschaftsausschuss	

Kamener Tag in Montreuil-Juigne	08.11. – 11.11.2011
Teilnehmer: Partnerschaftsausschuss	

6.14 Afferder Weg

Bezogen auf den Zeitungsartikel zur Situation des Afferder Weges aufgrund der momentanen Umleitung, informierte Herr **Brüggemann**, dass die Verwaltung Kontakt mit der Stadt Unna aufgenommen habe. Auf die Frage nach einer geänderten Ampelschaltung an der Kreuzung Afferder Weg/ Dortmunder Straße zur Vermeidung von Rückstaus, habe er von dort aus technischen Gründen eine ablehnende Antwort erhalten.

Derzeit werde zur Entschärfung der Gefahrenpotentiale durch Begegnungsverkehre und zum Schutz der Bäume über den Landesbetrieb versucht, die Geschwindigkeit in diesem Bereich von 70 km/h auf 50 km/h zu reduzieren.

6.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer